

Verteiler:

- Bürgermeister
- Rat der Kreisstadt Unna
- Beigeordneter Herr Kutter
- Landesregierung
- Fraktionen des Landtags
- Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Unna
- Mitglieder des Integrationsrates
- Vorsitzende der Migrantenselbstorganisationen
- Presse

Büro:

Rathaus, Rathausplatz 1
59423 Unna
2. Etage, Zimmer 219
Tel.: 02303/103-607

Offener Brief

15.05.2009

Landesregierung will Mitspracherecht der Migranten beschneiden

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir – der Integrationsrat – bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass der Landtag den geplanten Gesetzentwurf der Koalition „zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden“ nicht verabschiedet, denn dieser Entwurf will nicht Partizipation fördern, sondern einschränken. Die Landesregierung plant, das Mitspracherecht von uns Migranten auf kommunaler Ebene deutlich zu beschneiden. Verhindern Sie diesen Rückschritt!

In fast 60 Pilotkommunen landesweit haben wir seit 2004– dank der Experimentierklausel des § 27 der Gemeindeordnung – den mit lediglich Beratungskompetenzen ausgestatteten Ausländerbeirat durch den mit begrenzten Entscheidungskompetenzen aufgewerteten Integrationsrat ersetzen können. Es hat sich gezeigt, dass dies der richtige Weg ist.

Fast überall wurden im Rahmen dieser Experimentierphase **zwei Drittel** der Sitze des Integrationsrates direkt durch Migranten und Migrantinnen, die in der Kommune leben, gewählt. **Ein Drittel** der Vertreter wurden durch den Stadtrat gestellt. Auf einmal konnten Migranten am politischen Leben der Kommunen mitwirken. Uns gelang es, den Integrationsprozess in vielen Kommunen deutlich voranzubringen:

Bürozeiten:

1. Donnerstag im Monat von 09:00 bis 11:00 Uhr und von 16:00 bis 17:00 Uhr,
2. und 4. Dienstag im Monat von 10:00 bis 12:00 Uhr und nach Vereinbarung

Integrationskonzepte wurden angestoßen, die Verwaltung für die Belange der Migranten sensibilisiert, lokale Projekte zur besseren Integration der Migranten initiiert.

Auch der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund sowie das nordrhein-westfälische Innenministerium, das Integrationsministerium und die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW haben in einem gemeinsamen Eckpunktepapier letztes Jahr eine positive Bilanz gezogen. Dabei haben sie sich für das Modell des Integrationsrats und den Erhalt der Zweidrittel – Eindrittel-Regelung ausgesprochen.

Doch der aktuelle Gesetzentwurf der Landesregierung ignorierte die Empfehlung der Experten. Der Entwurf will uns Migranten nun wieder zu Statisten machen: Zukünftig sollen die Stadträte alleine darüber entscheiden, ob ein Integrationsrat oder ein Integrationsausschuss eingerichtet wird und dann über die Zusammensetzung bestimmen. Außerdem soll der Integrationsrat nur noch beraten und nicht entscheiden können. So ist abzusehen, dass in Integrationsfragen zukünftig wieder über die Köpfe der Migranten entschieden wird. *Gleichzeitig werden kommunale Stadträte in ihrer Entscheidung beschränkt Kompetenzen auf den Integrationsrat zu übertragen.*

Für eine gelungene Integration ist die politische Partizipation jedoch entscheidend. Bitte lassen Sie diesen Rückschritt der politischen Teilhabe nicht zu! Unterstützen Sie uns! Setzen Sie sich dafür ein, dass die Landesregierung den Gesetzentwurf zurückzieht und noch einmal im Sinne der Empfehlungen der Experten überarbeitet.

Der Integrationsrat



1. Vorsitzende des Integrationsrates der Kreisstadt Unna

Bürozeiten:

1. Donnerstag im Monat von 09:00 bis 11:00 Uhr und von 16:00 bis 17:00 Uhr,
2. und 4. Dienstag im Monat von 10:00 bis 12:00 Uhr und nach Vereinbarung